

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

November 2020

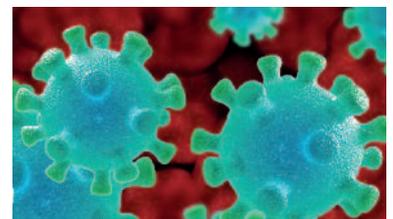
Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Touristik

Das Wendland –
Niedersachsens
wilder Osten



Betrieb

Corona-Soforthilfe:
Richtiges Verhalten
bei Betrugsvorwürfen

Im Gespräch

Hans-Jürgen Irmer

Kompetent. Gradlinig. Unangepasst.



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen



„Ihr Völker der Welt, schaut lieber nicht auf diese Stadt“

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Ob es in einem Land ordentlich zugeht oder nicht, hängt nicht in erster Linie von einem funktionierenden Rechtssystem ab, das Gesetzesverstöße aufdeckt und Täter bestraft. Mindestens ebenso wichtig für ein gedeihliches Zusammenleben ist das Verhalten der Bürger. Je mehr sie sich an Recht und Gesetz halten, umso rei-

Vorbildes. Das Verwaltungsgericht hat jetzt die im Eiltempo geschaffenen „Pop-up-Radwege“ für rechtswidrig erklärt, also jene mit gelber Farbe hastig aufgemalten Spuren für Zweiradfahrer. Kurz davor hatten die Verwaltungsrichter das vom Senat verhängte Verbot der Großdemonstration gegen die staatlichen Corona-Auflagen vom Tisch gewünscht. Ein paar Tage zuvor hatte das Bundesarbeitsgericht das Berliner Kopf-

nicht über dem Gesetz und müssen ihr Handeln gegebenenfalls gerichtlich überprüfen lassen. Das unterscheidet den demokratischen Rechtsstaat von einem totalitären Regime. Auch kann nie ausgeschlossen werden, dass Juristen in Ministerien bisweilen eine andere Rechtsauffassung haben als Juristen an Gerichten. Die Volkswisheit, wonach drei Juristen vier Meinungen haben, kommt ja nicht von ungefähr.

Dennoch fällt auf, dass der Berliner Senat häufig mit der Justiz auf Kriegsfuß steht. Denn offenbar regiert Rot-Rot-Grün in der Hauptstadt nach dem Motto „entscheiden first, nachdenken second“. Ob man mehr Radwege für vernünftig oder nicht hält, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Gutes Regieren zeichnet sich gerade dadurch aus, dass die Regierenden sich penibel im Rahmen des rechtlich Möglichen bewegen oder sich durch entsprechende Gesetzesänderungen mehr Spielraum verschaffen. SPD, Grüne und Linke wursteln dagegen fröhlich vor sich hin und meinen, wo ein Wille sei, werde sich ein Weg schon finden. Drei kassierte Urteile innerhalb so kurzer Zeit fällt also in die Rubrik „Dit is Berlin“.

Man mag das als Berliner Provinzposse abtun. Doch versuchen SPD, Grüne und Linke auf der Ebene des Stadtstaates zu demonstrieren, wie eine angeblich fortschrittliche Politik „links der Mitte“ auch im Bund aussehen könnte. Allerdings ist Berlin eher Spitzenreiter in der Sparte „Pleiten, Pech und Pannen“ als beim guten Regieren. Den Befürwortern von Rot-Rot-Grün im Bund wäre deshalb zu empfehlen, im Bundestagswahlkampf eher nicht auf Berlin als leuchtendes Beispiel zu verweisen: „Ihr Völker der Welt, schaut lieber nicht auf diese Stadt.“ ■

www.hugo-mueller-vogg.de



Foto:
Laurence Chaperon

Der ehemalige FAZ-Herausgeber **Dr. Hugo Müller-Vogg** ist einer der bekanntesten Publizisten Deutschlands und bestimmt durch Bücher und Kommentare zu Politik und Wirtschaft immer wieder die öffentliche Debatte. Er ist unter anderem gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *Welt* und *Phoenix*.

nungsloser gestaltet sich das Zusammenleben. Dabei muss der Staat ein Vorbild sein: Wenn nicht einmal Parlamente und Verwaltungen Vorschriften und Gesetz strikt einhalten, wer soll es denn dann tun?

Das Land Berlin ist in dieser Beziehung genau das Gegenteil eines gesetzestreuen

tuchverbot für Lehrerinnen gekippt. Gleich drei juristische Schlappen in zwei Wochen.

Nun kommt es immer wieder vor, dass Anordnungen von Regierungen und Verwaltungen oder Beschlüsse von Parlamenten einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. Staatliche Instanzen stehen

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Friedhelm Ost
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: Laurence Chaperon, BDS Archiv
Titelfoto: K6 Medien Archiv
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de
Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Mutige Wirtschaftspropheten

von **Friedhelm Ost**

Das Corona-Virus hat die deutsche Wirtschaft in ein tiefes Krisental gebracht. 2020 wird es in den meisten Bereichen ein mehr oder weniger kräftiges Minus beim Bruttoinlandsprodukt geben. Bei den wichtigsten Antriebsaggregaten des Wachstums läuft kaum etwas rund. Die Exporte gehen zurück, denn Corona hat unsere europäischen Nachbarn, die etwa die Hälfte der Waren „made in Germany“ kaufen, heftig gepackt.

Nicht weniger kräftig hat das Virus in den USA zugeschlagen und die amerikanische Konjunktur zur Hölle geschickt. Bis die Ausfuhren deutscher Automobile, Maschinen, Chemieprodukte und anderer Erzeugnisse wieder das frühere Niveau erreichen werden, wird es gewiss noch lange dauern. Denn die Lähmung vieler Länder durch die Pandemie hält derzeit noch an, zum Teil droht sie sich noch zu verstärken. Lediglich die deutschen Exporte in Richtung China weisen wieder Plusraten auf.

Branchen im Schockzustand

Nach wie vor befinden sich hierzulande viele Wirtschaftszweige in einem Schockzustand. Denn alles, was mit Ferntourismus, Flugverkehr, Kultur, Messen, Sport und anderen Veranstaltungen zu tun hat, läuft entweder gar nicht oder bestenfalls auf Sparflamme. Viele Selbständige und mittelständische Betriebe sowie deren Mitarbeiter sind davon betroffen, auch wenn die Bundesregierung und die Länder sowie der Bundshaushalt für Arbeit mit zahlreichen Maßnahmen das Schlimmste zu verhindern versuchen. Das dicke Ende droht dennoch vielen Existenzen, denen die finanzielle Luft ausgehen und die in die Pleite geraten werden. All das hat die Investitionsneigung fast aller Unternehmen auf den Nullpunkt oder vielfach darunter sinken lassen.

Mehr Tempo bei Staatshilfen

Die im „Wumms-Programm“ der Bundesregierung angekündigten Investitionen in den

Digitalisierungsbereich, in den Klimaschutz, in die Wasserstofftechnologie, in die Förderung des Gesundheitssektors und der Pharmaforschung zielen in die richtige Richtung und werden durch das große EU-Projekt gut ergänzt. Doch bis diese Maßnahmen konkret umgesetzt und zu kräftigen Impulsen für Investitionen führen, wird es gewiss



Friedhelm Ost

leitete die *ZDF*-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

noch einige Zeit dauern. Dringend erforderlich wäre hier mehr Tempo in den Ministerien, Genehmigungsbehörden und vielen Amtsstuben. Sonst wird die Hoffnung auf mehr Wachstum zum „Warten auf Godot“ mit der Folge, dass spätestens im nächsten Jahr viele Firmen in die Insolvenz gehen, die Stilllegung von Betriebsteilen durchführen und einige hunderttausend Arbeitsplätze abbauen müssen. Die enormen staatlichen Hilfen, für die viele hundert Milliarden Schulden aufgenommen werden sollen, wären dann weitgehend „für die Katz“.

Online-Handel als Corona-Gewinner

Auch der stärkste Konjunkturmotor, der private Konsum, befindet sich im Rückwärtsgang. Die vom Lockdown betroffenen Läden in den Innenstädten werden in diesem Jahr einen Umsatzverlust von rund 11 % verkraften müssen. Nicht wenigen Geschäften mit Corona-sensiblen Sortimenten – wie Bekleidung, Schuhen, Elektrogeräten usw. – droht die Insolvenz, zahlreichen Kommunen damit die Verödung der Innenstädte. Lediglich der Online-Handel, auf den insgesamt etwa 15 % der Umsätze entfallen, ist mit einem Plus von 15 bis 20 % der Krisengewinner. Die privaten Verbraucher halten sich jedoch insgesamt sehr zurück und legen viel Geld auf die hohe Kante: Die Sparquote hat inzwischen das Rekordniveau von 20 % erreicht.

Unsichere Prognosen

Insgesamt rechnen die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und andere Experten im laufenden Jahr damit, dass die deutsche Wirtschaft um rund 5 bis 6 % schrumpfen wird. Sie diagnostizieren kühn, dass es bei uns besser laufe, als in vielen anderen Ländern. Doch gilt es, die höchste Vorsicht bei diesen Prognosen der Wirtschaftspropheten walten zu lassen. Der Berliner Virologe Christian Drosten gießt in diesen Tagen viel Wasser in den Wein und sieht keinen Anlass für Festreden. Er sieht eher die Gefahr, dass die „Pandemie erst richtig losgehen wird – auch bei uns.“

Und er stimmt so auf einen schwierigen Herbst ein, da auch „Deutschland noch nicht ausreichend für die kommende Zeit gewappnet ist.“ So wird die große Hoffnung der Wirtschaftspropheten, die mutig Wachstumsraten in einer Bandbreite von gut 2 bis 5 % für 2021 feil bieten, gewiss mehr oder weniger getrübt. Größte Vorsicht ist also geboten, auch wenn die Wirtschaftsforscher ihre Prognosen sogar mit Zahlen hinter der Kommastelle versehen und damit größere Glaubwürdigkeit für ihre Modellrechnungen erhaschen wollen. ■

REDKO
Mein Lieferant



wirkungsstarke Flächendesinfektion



hautschonende Händedesinfektion

Unsere Premium-Desinfektion mit Hautschutz: hautschonend, extrem wirksam gegen Corona mit IHO-Listung für Lebensmittelbetriebe und für Schulen und Kitas geeignet.

Premium-Desinfektion mit Hautschutz - hautschonend, extrem wirksam Alles sofort lieferbar

Art.-Nr.	Artikelbezeichnung	Gebinde	Anzahl/VE	Preis/VE	Rabatt	BDS-Preis
1211300320	Desmila LSI Händedesinfektion	100ml Kittelflasche	20	96,00€	-30%	67,20 €
1211300333	internationale IHO-Listung	500ml Dispenser Push&Pull Verschluß	15	137,24€		96,07 €
1211300180	für Lebensmittelbereiche geeignet	500ml Spenderflasche f. Eurospender	12	98,90€		69,23 €
1211300181	begrenzt viruzid Plus	1000ml Spenderflasche f. Eurospender	12	171,80€		120,26 €
1211300316	stark und wirksam gegen Corona	5 Liter Kanister	1	64,50€		45,15 €
1211300182	extrem hautschonend	10 Liter Kanister	1	119,62€	83,73 €	
1211300329	für Schulen, Kitas und Heime	750ml Zerstäuberflasche	6	65,26€	-30%	45,68 €
1211300330	Einsetzbar in Sanitärbereichen,	1000ml Rundflasche	6	59,00€		41,30 €
1211300326	Gastronomie, Erholungssektor,	5 Liter Kanister	1	42,90€		30,03 €
1211300327	Gesundheitswesen, Lebensmittel-industrie, Veterinärbereich u.v.m.	10 Liter Kanister	1	76,90€		53,83 €

gegen Corona mit IHO-Listung zu BDS-Sonderkonditionen.

Rabattcode: **BDS-30Prozent**

Sensortechnik berührungslos
frei befüllbar



eine Aktion für
**BDS
BVMU**

NICEPRICE
ab ~~129,90~~ € / St.
1000ml Tank

abzüglich
BDS-Rabatt
-30%
redko.de



BANIO EXO-Line Sensor-Spender universell für Flüssigdesinfektion

frei befüllbarer, edler Sensor- Desinfektionsspender aus ABS-Kunststoff mit Wandhalterung und Befestigungsmaterial

- abschließbare Verschlussplatte
- mit Befestigungsmaterial, ohne Batterien (8xAAA)
- abschließbar - zur Wandmontage oder Säulenmontage
- einstellbare Dosiermenge 0,3ml oder 0,6ml
- mit 1000ml Vorrattank zum Nachfüllen

Art.-Nr.	Tank Füllmenge	Preise €/Stück		Rabatt	BDS-Preis ab 1
		ab 1			
1191000733	1000 ml	129,90	-30%		90,93

Rabattcode: **BDS-30Prozent**

eine Aktion für

**BDS
BVMU**

NICEPRICE
ab ~~299,90~~ € / St.

abzüglich
BDS-Rabatt
-30%
redko.de



BANIO EXO-Line Desinfektions-Spendersäule

komplett aus Edelstahl mit Kunststoff-Tropfschale und Desinfektionsanleitung für banio Exo-Line Sensorspender.

- stabiler Stand
- modernes Design
- bebilderte Anleitung zum Desinfizieren
- Befestigungsmaterial für Spender wird mitgeliefert.

Der Lieferumfang der Säule enthält keinen Spender

Art.-Nr.	ges. Höhe	Preise €/Stück		Rabatt	BDS-Preis ab 1
		ab 1			
1191000734	1460 mm	299,90	-30%		209,93

Rabattcode: **BDS-30Prozent**

Abbildung mit Spender
Lieferumfang ohne Spender



Online-Bestellung
www.redko.de

Bestellung per Mail
info@redko.de

Telefon-Bestellung
02173-28776-0



Ein zweischneidiges Schwert

Hans-Jürgen Irmer: „Moral in der Politik kann leicht zum Bumerang werden“

Nach bisherigen Informationen legten Bewohner des Flüchtlingslagers Moria auf der Insel Lesbos zusammen mit Vertretern von NGOs das Feuer selbst, um eine Evakuierung auf das europäische Festland zu erzwingen. Die griechische Staatsanwaltschaft hat gegen sechs Männer afghanischer Abstammung Anklage wegen Brandstiftung erhoben. Zudem bittet Griechenland seine europäischen Partner, darunter auch Deutschland, ausdrücklich darum, keine Menschen aus Moria aufzunehmen, um keinen Anreiz für weitere Sabotageakte in anderen Flüchtlingslagern zu geben. Dennoch hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt, weitere etwa 2.750 Personen nach Deutschland zu holen.

? Sie haben sich öffentlich gegen die Aufnahme weiterer Migranten aus dem griechischen Flüchtlingslager ausgesprochen und ähnlich wie die griechische Regierung argumentiert. Was war der Grund, dass Ihre Haltung innerhalb der Bundestagsfraktion von CDU und CSU keine Mehrheit fand?

Hans-Jürgen Imer: Zunächst einmal: Die Fraktion hat sich gegen die Aufnahme aller Migranten und Flüchtlinge aus dem abgebrannten Lager in Moria gestellt – und damit gegen die politisch linken Parteien, die das gerne reflexartig immer wieder fordern. Das haben wir auch deutlich so gesagt und das kann man überall nachlesen. Was wir gemacht haben, ist die Aufnahme von 100 bis 150 Minderjährigen von insgesamt 400, die auf elf europäische Staaten verteilt werden. Das ist es dann aber auch und das kann ich auch gut vertreten. Hilfe vor Ort über THW zu leisten und zumindest ein realistisches Vorgehen unter Humanitätsaspekten schließen sich nicht aus. Wir lassen uns nicht durch Bilder und selbst angezündete Flüchtlingslager erpressen. Diese Botschaft ist auch vor Ort und in Griechenland angekommen. Und an unsere Politiker von den linken Parteien, die gerne davon reden, dass wir Deutschen die moralische Pflicht hätten, möglichst viele Flüchtlinge und Migranten aufzunehmen, sage ich: Moral in der Politik ist immer ein zweischneidiges Schwert und kann leicht zum Bumerang werden. Und wir haben mehr Menschen aufgenommen, als alle

anderen europäischen Länder. Wir werden die Welt im Alleingang nicht retten – das sind linke Utopien.

? Die Bundesrepublik hat allein in Deutschland in den letzten Jahren jeweils zwischen 20 und 23 Milliarden Euro pro Jahr für flüchtlingsbezogene Ausgaben aufgewendet. Zudem erhält Griechenland zusätzlich Unterstützung durch die Bundesrepublik, sowohl logistisch, personell als auch finanziell. Wundert es daher, dass die meisten in griechischen Flüchtlingslagern lebenden Migranten den Weg nach Deutschland suchen?

Hans-Jürgen Imer: Deutschland ist ein tolles und lebenswertes Land. Unser Sozialsystem ist beispiellos auf der Welt. Menschlich kann ich daher nachvollziehen, dass wir attraktiv sind und viele zu uns kommen wollen. Eine Aufnahme von immer mehr Menschen können und wollen wir uns aber auf Dauer nicht leisten. Insofern müssen wir überlegen, ob vor diesem Hintergrund das bestehende System dauerhaft funktionieren kann. Vorschläge, dass Flüchtlinge und Migranten Sozialleistungen in Europa nur noch in den Ländern beziehen dürfen, die für sie nach einem gemeinsam vereinbarten System zuständig sind, gehen in die richtige Richtung. Sie müssen aber auch vor dem Hintergrund der Sekundärmigration rechtlich und praktisch funktionieren. Das ist nicht einfach, wie die letzten Jahre zeigen. Genauso finde ich es rich-

tig, beispielsweise mit der Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes 2015 stark auf Sachleistungen zu setzen, um Geldanreize zu minimieren. Auch das habe ich aus Überzeugung mitgetragen, gerade weil es eine Korrelation gibt zwischen der Höhe der Sozialleistungen und der Anzahl der Asylbewerber. Das haben Untersuchungen anhand der Praxis in einem skandinavischen Land gezeigt. Darüber hinaus haben wir in den letzten Jahren das stringenteste Asylrecht verabschiedet, das Deutschland je hatte. Doch wir dürfen uns auch nichts vormachen: Alle Lösungen sind komplex, rechtlich sehr schwierig und in der Praxis nicht einfach. Wenn ich mir die anderen Parteien anhöre – ob im Bundestag oder in Europa –, bin ich auch skeptisch, ob uns eine konsensuale Lösung gelingen wird. Ein Anfang wäre gemacht, wenn alle trennscharf zwischen Asyl, Flüchtlingsstatus, Arbeitsmigration und Schengen unterscheiden würden. Da läuft manches in der Debatte nicht sauber und ist auch argumentativ zu schlicht.

? Sogar Friedrich Merz, der als potenzieller CDU-Vorsitzender vom Berliner Kreis unterstützt wird, begrüßt die vom Bund zugesagte Aufnahme der Flüchtlinge von den griechischen Inseln. Und der potenzielle Kanzlerkandidat der Unionspartei Söder verweist auf die christliche Menschenpflicht, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Politische Beobachter bewerten dies als einen Wink mit dem Zaunpfahl an

„Vorschläge, dass Flüchtlinge und Migranten Sozialleistungen in Europa nur noch in den Ländern beziehen dürfen, die für sie nach einem gemeinsam vereinbarten System zuständig sind, gehen in die richtige Richtung.“

die Bündnisgrünen, die auch als Koalitionspartner der Union gehandelt und präferiert werden. Sehen Sie dies auch so?

Hans-Jürgen Irmer: Ob und mit welchen Parteien wir nach der nächsten Bundestagswahl koalieren werden, wird sich erst nach der Wahl zeigen. Ich persönlich sehe die Grünen sehr skeptisch. Ich verhehle nicht, dass meine Bedenken gegen die Grünen grundsätzlicher Natur sind. Deren Vertreter des vernünftigen, realistischen Flügels wie Boris Palmer scheinen in der eigenen Partei nicht sonderlich beliebt zu sein. Auf Bundesebene sind einige sehr ideologisch-naive Akteure unterwegs, gerade in der Flüchtlingspolitik.

? Läuft der Alleingang der Bundesregierung nicht dem Ringen um eine gemeinsame EU-Asylpolitik völlig zuwider? Bisher war doch die gültige Position der Bundesregierung die, dass nationale Alleingänge in der Migrationspolitik ausgeschlossen sein sollen.

Hans-Jürgen Irmer: Der klare Standpunkt der Unionsfraktion ist: Keine nationalen Alleingänge in der Flüchtlingspolitik. Das sagen wir laut und deutlich, zuletzt in der Plenardebatte über Moria. Was manche Städte und Bundesländer machen – einen nationalen Alleingang bei der Aufnahme von Migranten zu fordern – ist geradezu absurd und unverantwortlich. Das würde weitere Brände wie in Moria nur provozieren. Und wenn in Europa der Eindruck entsteht, dass Deutschland bereit ist, im Krisenfall auch allein zu handeln, dann wird es niemals eine gemeinsame europäische Lösung geben. Soviel zum Verantwortungsbewusstsein und Rollenverständnis mancher Kommunalpolitiker.

? Die harten wirtschaftlichen Konsequenzen des ersten Lockdowns sind noch nicht überwunden, dennoch wird bereits ein neuer Lockdown angedroht. Zumindest deuten Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten

Markus Söder in diese Richtung. Wäre es nicht Pflicht des Deutschen Bundestages, immer wieder zu prüfen, ob eine Ausnahmesituation von nationaler Tragweite noch immer vorliegt?

Hans-Jürgen Irmer: Zunächst einmal muss man die rechtliche und politische Dimension unterscheiden. Das Gros der Verfassungsrechtler sagt klar, dass die Maßnahmen der Länder im Einklang mit der Verfassung stehen, wenn auch die Grundrechtseingriffe immer wieder überprüft werden müssen, ob sie noch verhältnismäßig sind. Friedrich Merz hat zu recht festgestellt, dass es die Zeit der Exekutive ist. Und: Im föderalen Deutschland sind die Länder für das Meiste in diesem Zusammenhang zuständig. Wenn sich die Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin beraten, ist das in Ordnung. Entscheidend ist nur, wer auf rechtlicher Basis später was beschließt und umsetzt. Man braucht Formate, die derartige Diskussionen und Verabredungen ergebnisorientiert zulassen – zumal eh nicht alle Länder es gleich umsetzen. Ich störe mich vielmehr an der politischen Dimension der Frage. Bei derartig großen Eingriffen in unseren Alltag sollte jedes Landesparlament eine Grundsatzdebatte darüber führen, wie der Weg zur Bewältigung der Krise aussehen soll. Das erhöht auch die Legitimität der Beschlüsse und Einschränkungen. Hier ist noch viel Luft nach oben. Im Bundestag haben wir Ende März debattiert und förmlich festgestellt, dass wir uns in einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite befinden. Dass wir das debattiert haben: Richtig so! Mitte Juni haben wir dann darüber debattiert, ob wir das immer noch so sehen und die Mehrheit hat das bestätigt. In einer Demokratie sollten auch Mehrheitsentscheidungen akzeptiert werden. Alles andere wäre anmaßend. Und zu guter Letzt lassen Sie mich noch eines dazu sagen: Mir fehlte die mediale Aufmerksamkeit für diese Debatten, um der Gesellschaft die

verschiedenen Standpunkte besser deutlich zu machen. Doch das liegt nicht in meiner Hand.

? Im Mittelstand wächst die Befürchtung, dass die Corona-Krise den Linksparteien die Gelegenheit bieten wird, die Wirtschaft an die Kandare zu nehmen. Stichwort: Enteignung von Wohnungsbaunternehmen und das hierzu initiierte Volksbegehren. In Ihrer Partei wird inzwischen der Trend zum mehr Staatswirtschaft äußerst kritisch gesehen. So sagte jüngst der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, der Stuttgarter Zeitung, er sehe „die große Gefahr, dass wir in eine Staatswirtschaft abdriften.“ Werden Sie und der Berliner Kreis Carsten Linnemann unterstützen?

Hans-Jürgen Irmer: Enteignungsfantasien der Linken – rechtsidentisch mit der SED – sind ja nicht neu. Geschockt bin ich nur, dass in Berlin Grüne und SPD diesen in meinen Augen Rechtsbruch mitmachen. Die Folge ist dochein fehlender Wohnungsbau und ein Aussetzen von Investitionen in den Erhalt oder die Renovierung der Bausubstanz. Davon hat weder der Eigentümer noch der Mieter etwas. Am Ende sehen Straßenzüge wieder so heruntergekommen aus wie in der DDR. Wenn das das Ziel dieser genannten Parteien ist – von mir aus. Aber die Unionsfraktion und auch ich werden alles daran setzen, dass diese weltfremde Politik nicht auf Bundesebene mehrheitsfähig wird. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und sollte auch nicht in die Rolle gedrängt werden, nur weil Parteideologen das unbedingt wollen.

? Auch im kommenden Jahr soll die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ausgesetzt werden, um die Corona-Krise wirksam zu bekämpfen. Im Bundeshaushalt 2021 sollen rund 96 Milliarden Euro neue Schulden festgeschrieben werden. Eine schwere Hypothek, die der kommenden Generation aufgebürdet wird. Oder wird man den bequemeren Weg über Steuer-

erhöhungen gehen, die dann wiederum vorwiegend den Mittelstand belasten?

Hans-Jürgen Irmer: Jede Industrienation hat in Krisenzeiten ein Haushaltsproblem. Corona ist da keine Ausnahme. Und Sie haben Recht, dass die Lasten der Krise uns noch lange beschäftigen werden. Steuererhöhungen sehe ich immer skeptisch. Nicht nur, weil unsere Steuern und Abgaben schon vergleichsweise hoch sind, sondern auch, weil man damit auch Wirtschaftswachstum abwürgen kann. Ich würde mir wünschen, dass wir uns beizeiten mal ehrlich machen und uns fragen, ob wir uns alle staatlichen Programme und „Segnungen“ noch leisten können, die wir zurzeit finanzieren. Das wird auch wehtun, aber wäre in meinen Augen der nachhaltigere und ehrlichere Weg.

? Die Polizisten, die bei der Anti-Corona-Demonstration den De-

monstranten den Zugang zum Reichstag verwehrt haben, wurden im Deutschen Bundestag explizit für ihr Verhalten durch Bundestagspräsident Schäuble gelobt und mit stehenden Ovationen bedacht. Nur die AfD blieb sitzen mit der Begründung, dass Schäuble vergessen habe, auch den Polizisten für den Einsatz zu danken, die in Leipzig mit Steinen beworfen und durch linke Demonstranten verletzt wurden. Folgen Sie dieser Argumentation?

Hans-Jürgen Irmer: Erstens: Ich habe tiefen Respekt vor jedem Polizisten, der sich Links- oder Rechtsextremisten, Reichsbürgern, Hooligans oder Islamisten entgegenstellt. Sie riskieren dabei für unser Land ihre Gesundheit. Allein das unterscheidet sie schon von manchen Sonntagsrednern, die sich immer gerne aufspielen. Das sollte sich jeder Kolumnist und Politiker einmal bewusst machen. Zweitens: Im Plenum nicht

Zum Zeitpunkt des Interviews war Berlin-Mitte zum Corona-Risikogebiet eingestuft. Daher wurde das Interview fernmündlich geführt. Mit Hans-Jürgen Irmer sprach Joachim Schäfer

aufzustehen, als diese drei Polizisten geehrt wurden, als sie das Symbol unserer parlamentarischen Demokratie schlechthin geschützt haben, wäre mir nie in den Sinn gekommen. Im Gegenteil, ich habe mich innerlich tief vor ihnen verneigt. Das Verhalten der AfD zeigt nur ihren Geist, dass es eben keine Politiker sind, die unser Land und unsere freiheitliche Demokratie lieben, sondern nur billig Krawall machen wollen. Können Sie sich vorstellen, was die AfD gesagt hätte, wenn Polizisten geehrt werden, die sich gegen den linken schwarzen Block gestellt hätten und die Linken sitzengelassen wären? Vergleichbares ist bereits passiert. Das zeigt, wie wenig bürgerlich und verblendet AfD wie Linke sind. Sie wollen selbst derartige Selbstverständlichkeiten wie die Respektbekundung vor diesen Polizisten politisch instrumentalisieren. Das ist schade und das haben unsere Polizisten nicht verdient. ■

Zur Person

Mit einigen zeitlichen Unterbrechungen war Hans-Jürgen Irmer von 1990 bis zu seinem Einzug als CDU-Abgeordneter in den Deutschen Bundestag Mitglied des Hessischen Landtags. Innerhalb der Landtagsfraktion fungierte Irmer unter anderem als schulpolitischer Sprecher und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Beide Ämter legte er im September 2012 nieder, weil er – wie er sagte – „die Entscheidungen zur möglichen Einführung des islamischen Religionsunterrichts inhaltlich für die Fraktion nicht vertreten kann“.

Dass Hans-Jürgen Irmer durchaus bereit und in der Lage ist, eine scharfe Klinge zu fechten, ist in der Monatszeitung Wetzlar Kurier, dessen Herausgeber Irmer ist, nachzulesen. In einem Kommentar forderte Irmer, straffällige und gewaltbereite Asylbewerber gefesselt in ihr Herkunftsland abzuschieben. Im Januar 2010 hielt der Hessische Landtag eine aktuelle

Stunde ab. Auslöser war ein Artikel Irmers im Wetzlar Kurier, in dem er die erfolgreiche Volksabstimmung in der Schweiz über ein Bauverbot von Minaretten begrüßt hatte. Auch ein weiterer Meinungsbeitrag zum Thema „Islamischer Terror und Christenverfolgung“ lösten den Protest von SPD, Linkspartei und Grünen aus, die unisono verlangten, dass sich die CDU von Irmer distanzieren beziehungsweise trennen müsse.

Irmer, der sich selbst als „einen Konservativen, der sein Vaterland liebt“ bezeichnet, war wegen seiner politischen Ansichten, die oft nicht denen des Mainstreams entsprachen, verbalen Anfeindungen der Linksparteien ausgesetzt. Allerdings standen sowohl der damalige Ministerpräsident Roland Koch als auch der Fraktionsvorsitzende Christean Wagner an Irmers Seite und wiesen die Vorwürfe als „haltlos“ zurück.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ist Hans-Jürgen Irmer ordentliches Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat. Außerdem ist er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie im Verteidigungsausschuss.

Im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung kann Hans-Jürgen Irmer auf die Kenntnisse, die er im Studium erlangte, sowie auf seine berufliche Tätigkeit als Oberstudienrat zurückgreifen und so seine praktischen Erfahrungen in die Ausschussarbeit einbringen.

Auch als Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist der Wetzlarer CDU-Politiker seiner konservativen Grundeinstellung treu geblieben. So hat er sich inzwischen dem sogenannten Berliner Kreis angeschlossen, der einst von Wolfgang Bosbach gegründet wurde und heute von der Abgeordneten Sylvia Pantel weitergeführt und geleitet wird. ■



BDS und BVMU unterstützen Appell für freie Debattenräume

Für die Initiatoren soll die Initiative ein Impuls dafür sein, den Debattenraum zu entgiften, Gesprächsinseln zu schaffen, den Meinungskorridor zu öffnen und helfen, die Grundlagen und Standards des öffentlichen Meinungsaustauschs zu stärken und zu verbessern.

Initiatoren Milosz Matuschek und Gunnar Kaiser: Befreien wir das freie Denken aus dem Würgegriff

Absagen, löschen, zensieren: Seit einigen Jahren macht sich ein Ungeist breit, der das freie Denken und Sprechen in den Würgegriff nimmt und die Grundlage des freien Austauschs von Ideen und Argumenten untergräbt. Der Meinungskorridor wird verengt, Informationsinseln versinken, Personen des öffentlichen und kulturellen Lebens werden stummgeschaltet und stigmatisiert.

Wir erleben gerade einen Sieg der Gesinnung über rationale Urteilsfähigkeit. Nicht die besseren Argumente zählen, sondern zunehmend zur Schau gestellte Haltung und richtige Moral. Stammes- und Herdendenken machen sich breit. Das Denken in Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten bestimmt die Debatten – und ver-

hindert dadurch nicht selten eine echte Diskussion, Austausch und Erkenntnisgewinn. Lautstarke Minderheiten von Aktivisten legen immer häufiger fest, was wie gesagt oder überhaupt zum Thema werden darf. Was an Universitäten und Bildungsanstalten begann, ist in Kunst und Kultur, bei Kabarettisten und Leitartiklern angekommen.

Inzwischen sind die demokratischen Prozesse selbst bedroht. Der freie Zugang zum öffentlichen Debattenraum ist die Wesensgrundlage eines jeden künstlerischen, wissenschaftlichen oder journalistischen Schaffens sowie die Basis für die Urteilskraft eines jeden Bürgers. Ohne freie Debatten und freie Rede gibt es keine funktionierende Demokratie. Wie wollen wir in Zukunft Sachfragen von öffentlichem Interesse behandeln?

Betreut und eingehegt – oder frei?

Die gezielte Verunglimpfung von Intellektuellen, Künstlern, Autoren und jedem, der von der aktuell herrschenden öffentlichen Meinung abweicht, ist eine inakzeptable Anmaßung. Freie Rede und Informationsgewinnung sowie freie wissenschaftliche oder künstlerische Betätigung sind Rechte und nicht Privilegien, die von dominierenden Gesinnungsgemeinschaften an Gesinnungsgleiche verliehen und missliebigen Personen entzogen werden können. Es ist dabei unerheblich, auf welcher politischen Seite die Gruppierung steht, ob sie religiös, weltanschaulich oder moralisch motiviert ist – ein Angriff auf die Demokratie bleibt ein Angriff auf die Demokratie.

Wir fordern sämtliche Veranstalter, Multiplikatoren oder Plattformbetreiber auf, dem Druck auf sie standzuhalten und nicht die Lautstarken darüber entscheiden zu lassen, ob eine Veranstaltung stattfindet oder nicht.

Wir solidarisieren uns mit den Ausgeladenen, Zensierten, Stummgeschalteten oder unsichtbar Gewordenen. Nicht, weil wir ihre Meinung teilen. Vielleicht lehnen

wir diese sogar strikt ab. Sondern weil wir sie hören wollen, um uns selbst eine Meinung bilden zu können.

Wir möchten das unselige Phänomen der Kontaktschuld beenden. Ohne sie wäre die Absageunkultur nicht möglich. Kontakt ist nicht geistige Komplizenschaft. Die Nutzung einer gemeinsamen Plattform oder Bühne ändert nichts daran, dass jeder für

sich spricht und auch nur dafür verantwortlich ist, was er oder sie sagt.

Auch die Unterzeichner dieses Appells sprechen jeweils nur für sich selbst. Uns eint vielleicht nichts, außer der Sehnsucht nach einer aufregenden, für beide Seiten erhellenden Konversation und nach einem vielfältigen Kulturangebot, was auch immer jede und jeder darunter verstehen mag. ■

Erstunterzeichner

in alphabetischer Reihenfolge

Hamed Abdel-Samad

Politikwissenschaftler und Publizist

Andreas Altmann

Reporter, Reiseschriftsteller

Götz Aly

Historiker und Publizist

Prinz Asfa-Wossen Asserate

Publizist und Unternehmensberater

Jörg Baberowski

Historiker und Gewaltforscher

Michèle Binswanger

Journalistin, Tagesanzeiger

Norbert Bolz

em. Prof. Medienwissenschaft, TU Berlin

Raphael M. Bonelli

Psychiater und Autor

Ralf Bönt

Schriftsteller

Vince Ebert

Wissenschaftskabarettist

Hartmut Esser

Professor für Soziologie, Uni Mannheim

Carl Friedrich Gethmann

Prof. für Philosophie, Mitglied des Ethikrates

Giuseppe Gracia

Autor, Kolumnist/Blick

Alexander Grau

Philosoph, Kolumnist/Cicero

Luís Greco

Professor für Strafrecht, HU Berlin

Bettina Hagen

Malerin

Peter Hahne

Fernsehmoderator und Autor

Lars Hartmann

Kulturjournalist und Blogger

Rainer Hegselmann

Professor, Frankfurt School of Finance & Management

Michael Hofreiter

Professor für Zoologie/Uni Potsdam

Arne Hoffmann

Wissenschaftsjournalist und Männerrechtler

Helmut Holzhey

em. Professor für Philosophie, Uni Zürich

Alexander Horn

Publizist und GF Politikmagazin Novo

Erwin Jurtschitsch

Journalist, Unternehmer, Mitgründer der taz

Necla Kelek

Soziologin und Publizistin

Alexander Kissler

Journalist und Autor

Alexander Kluge

Filmemacher, Schriftsteller, Philosoph

Sandra Kostner

Migrationsforscherin, PH Schwäbisch Gmünd

Markus Krall

Wirtschaftspublizist

Josef Kraus

Publizist

Walter Krämer

Ökonom, Professor, Autor

Frank Lübberding

Journalist

Monika Maron

Schriftstellerin

Harald Martenstein

Autor und Journalist

Reinhard Merkel

Strafrechtsprofessor, langjähriges Mitglied im Ethikrat

Axel Meyer

Prof. für Zoologie/Evolutionsbiologie

Rebecca Niazi-Shahabi

Sachbuchautorin

Gunther Nickel

Professor für Literatur, Universität Mainz

Haralampi G. Oroschakoff

Künstler

Boris Palmer

Oberbürgermeister von Tübingen

Rainer Paris

Soziologe

Robert Pfaller

Philosoph u. Kulturtheoretiker, Uni Linz

Philip Plickert

Journalist, FAZ

Sascha Reh

Schriftsteller

Patrick Reiser

Lehrer, Coach, Youtuber

Michael Schmidt-Salomon Philosoph, Publizist/Giordano Bruno Stiftung

Dieter Schönecker

Professor für Philosophie, Uni Siegen

Susanne Schröter

Professorin für Ethnologie, Uni Frankfurt

Gerhard Schwarz

Publizist, Progress Foundation

Wolfgang Sofsky

Soziologe und Essayist

Thomas Sevcik

Stratege

Cora Stephan

Schriftstellerin

Ulrike Stockmann Journalistin/Achse des Guten, Jüdische Rundschau

Andreas Thiel

Kabarettist

Maritta Tkalec

Journalistin, Berliner Zeitung

Ilija Trojanow

Schriftsteller

Raymond Unger

Künstler und Autor

Michael von Liechtenstein Unternehmer

Daniel von Wachter

Professor für Philosophie, Liechtenstein

Günter Wallraff

Journalist und Schriftsteller

Tonio Walter

Strafrechtsprofessor, Schriftsteller

Alexander Wendt

Autor, Journalist (Publico, Tichy Einblick)

Tamara Wernli

Youtuberin, Kolumnistin/Weltwoche

Stephan Wirz

Titularprofessor für Ethik und Publizist

Michael Zöllner

em. Prof. Soziologie, Universität Bayreuth

Christian Zulliger

Hayek Club Zürich

Hier können auch Sie unterzeichnen:

www.idw-europe.org/liste-der-unterzeichner



Freiheit statt Sozialismus

Die streitbare CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel unterstützt Leitmotiv der WerteUnion – Frei nach Franz-Josef Strauß

? Sie sind Sprecherin des sogenannten Berliner Kreises. Welche Ziele verfolgt das Gremium und warum stößt es in der Parteiführung der CDU auf wenig Gegenliebe?

Sylvia Pantel: Der Berliner Kreis ist ein Netzwerk konservativer Abgeordneter und Mandatsträger, die einerseits Ideen und Zielvorstellungen entwickeln darüber, wie wir im 21. Jahrhundert leben wol-

len, denen andererseits aber auch ein klares Unionsprofil wichtig ist, d.h., die Menschen sollen wissen, wofür die Union steht und wofür sie nicht steht. Mangelnde Gegenliebe gibt es nicht bei allen in der Parteiführung, auch dort gibt es kritische Leute. Es war zu allen Zeiten schwierig, mit interessanten Standpunkten umzugehen. Der Berliner Kreis hat fundierte Ansichten, die er auch konsequent vertritt.

? Nun gibt es einige Schnittstellen zwischen dem Berliner Kreis und der WerteUnion, die sich selbst als konservative Basisbewegung der Unionsparteien und als innerparteiliche Opposition positioniert hat. Der frühere CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz plädiert sogar dafür, Mitglieder der WerteUnion, sofern sie auch CDU Mitglieder sind, aus der Partei auszuschließen. Bewegen Sie sich daher mit dem Berliner Kreis auf dünnem Eis?

Sylvia Pantel: Solche Schnittstellen sind doch ganz natürlich, schließlich handelt es sich jeweils um Mitglieder der Union. Wir befinden uns nicht auf dünnem Eis, weil wir zwar die Politik der Regierung kritisch begleiten und wir unsere Meinung klar äußern, uns aber nicht als innerparteiliche Opposition empfinden, sondern eher als eine Art konstruktiv-kritischer Begleiter. Solange wir in einer politischen Konstruktion leben, in der unterschiedliche Argumente ausgetauscht werden und die Parteien zur Meinungsbildung dienen und nicht nur eine Meinung undiskutiert widerspiegeln, befindet sich der Berliner Kreis auf dem richtigen Weg. Spricht man in der Öffentlichkeit nicht sogar von unterschiedlichen Flügeln und Vereinigungen, in denen gerade unterschiedliche Sichtweisen diskutiert werden sollen? Selbstdenkende Parteimitglieder ausschließen zu wollen, wäre das Ende von Demokratie.

? Kann die Mitwirkung im Berliner Kreis nicht Ihrer politischen Karriere als Bundestagsabgeordnete massiv schaden?

Sylvia Pantel: Jede Positionierung ist nicht förderlich.

? Die WerteUnion hat sich einen neuen Leitspruch gegeben. Er lautet: „Freiheit statt Sozialismus“. Dieser Spruch war auch das Motto des früheren Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß von der CSU. Hat der Leitspruch auch für den Berliner Kreis Symbolcharakter?

Sylvia Pantel: Dieser Leitspruch ist ein guter Leitspruch, den ich unterstütze.

? Sind nach Ansicht des Berliner Kreises Diesel-Fahrverbote noch gerechtfertigt? Messungen zufolge liegen die in Stuttgart registrierten Stickoxid-Werte in den Wochen vor und nach dem Lockdown etwa auf gleichem Niveau – und dies trotz eines deutlich verringerten Verkehrsaufkommens. Ganz abgesehen von dem finanziellen Schaden für Handwerker und Kleinunternehmer und der existenzbedrohenden Wirtschaftslage.

Sylvia Pantel: Nach Ansicht des Berliner Kreises waren sie es nie. Wir haben zu diesem Thema im Frühjahr 2019 eine Veranstaltung mit namhaften Wissenschaftlern durchgeführt und kamen zu dem Schluss, dass sie beim Stand der jetzigen Technik weder umweltfreundlich noch nachhaltig sind. Wir wissen, dass die Stickoxide unter-

schiedliche Ursprünge haben und dass es zu einfach und auch falsch ist, dies am Diesel festzumachen.

? Der Abgeordnete Klaus-Peter Willsch attackiert in diesem Zusammenhang die Deutsche Umwelthilfe. Diese habe nicht die Gesundheit der Menschen im Blick – so Willsch –, sondern führe einen ideologischen Kampf gegen den Individualverkehr. Stimmen Sie der Ansicht des Abgeordneten Willsch zu und werden Sie das Thema ebenfalls mit Ihren Mitstreitern aufgreifen?

Sylvia Pantel: Dieses Thema haben wir schon aufgegriffen. Wenn Sie sich die Ergebnisse unserer Veranstaltung anschauen, werden Sie Informationen für diese Sichtweise finden.

? Aus der CDU-Bundestagsfraktion ist zu hören, dass einige Abgeordnete sowohl das Klimapaket als auch das Kohleausstiegsgesetz als kontraproduktiv für die Umwelt und den Wirtschaftsstandort Deutschland einstufen. Diese Abgeordneten plädieren unter anderem für eine Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke. Räumen Sie solchen Ansinnen überhaupt eine Chance ein, Gehör zu finden?

Sylvia Pantel: Ungeachtet der Frage, ob diese Ansichten richtig oder falsch sind, halte ich die derzeitige Diskussion für unehrlich. Die Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten ist zwar gerechtfertigt, aber nach der intransparenten ökonomischen Informa-

tion bezweifle ich, dass dieses Ansinnen Erfolg haben wird. Ich bin weiterhin der Ansicht, dass der vorzeitige Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Kohle unverhältnismäßige Risiken birgt. So fehlt in diesem Gesetz eine Blackout-Strategie, mit der ein flächendeckender Stromausfall infolge von Unterversorgung bei ausschließlicher Versorgung mit erneuerbaren Energien, aufgefangen werden könnte. Absehbar sind auch Probleme im Rahmen der Abfallentsorgung durch Restmüllverbrennung. Zur Entsorgung der täglich anfallenden großen Restmüllmengen bietet das Gesetz keinerlei Alternativen an. Dies ist unverantwortlich, da die Gefahr besteht, dass unser Müll in großen Mengen nicht ökologisch vertretbar entsorgt bzw. vernichtet wird. Hinzu kommt, dass ich die demokratische Legitimation der durch die Bundesregierung berufenen Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung anzweifle, deren Arbeitsergebnisse maßgeblicher Inhalt des Kohleausstiegsgesetzes sind. Ich halte das Vorgehen nicht für ein geordnetes Verfahren der Willensbildung.

? In einem Positionspapier des Berliner Kreises heißt es, Deutschland solle von seinen klimapolitischen Sonderzielen abrücken. Stellt sich der Berliner Kreis somit gegen die Position der Bundeskanzlerin?

Sylvia Pantel: Der Berliner Kreis unterstützt eine europäische Lösung, da ein nationaler Alleingang auch kaum von der Kanzlerin begrüßt ist. ■



Mit Sylvia Pantel sprach Joachim Schäfer

Falsche Berechnung der Corona-Soforthilfe

Richtiges Verhalten bei Betrugsvorwürfen und Rückzahlungsbegehren

von RA Christian Hecken

Vielen Unternehmern bereiten die angekündigten Strafverfahren und die angekündigten staatlichen Rückzahlungsbegehren von Corona-Soforthilfe große Sorgen. Gerade von den Unternehmern selbst zu berechnende Liquiditätsengpässe in den Antragsformularen zur Corona-Soforthilfe erweisen sich als äußerst tückisch.

Der Unternehmer ist in diesen Antragsformularen in Nordrhein-Westfalen unter Ziffer 6.1, 4. Alternative aufgefordert worden, selbst zu berechnen, ob die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, um die kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen des Unternehmens zu erfüllen. Als weitreichendster Bewilligungsgrund der Corona-Soforthilfe bildet Ziffer 6.1.4 in Nordrhein-Westfalen die Trennlinie zwischen strafbarem und straflosem Handeln des Unternehmers.

Erst mit Richtlinie des Landes zur Gewährung von Soforthilfen für gewerbliche Kleinunternehmen, Selbstständige und Angehörige freier Berufe vom 31.05.2020 ist seitens des Landes Nordrhein-Westfalen unmissverständlich und endgültig klar gestellt worden, was das Land Nordrhein-Westfalen unter einem Liquiditätsengpass versteht, welche Kosten zu berücksichtigen sind und welcher Zeitraum überhaupt zu Grunde zu legen ist.

Der Liquiditätsengpass ergibt sich danach aus der Differenz zwischen den tatsächlichen fortlaufenden Einnahmen aus dem Geschäftsbetrieb und den tatsächlichen laufenden, erwerbsmäßigen Sach- und Finanzausgaben (ohne Personalaufwand) unter Berücksichtigung eingesparter Kosten im Erfassungszeitraum, der drei Monate beträgt.

Der berechnete Liquiditätsengpass in den Anträgen zur Corona-Soforthilfe erweist sich daher unstreitig als falsch, wenn der Unternehmer Lohnkosten, Kosten des privaten Lebensunterhalts (z.B. Kosten der



Rechtsanwalt Christian Hecken, LL.M., LL.M. Kanzlei Caspers Mock & Partner aus Köln, Bonn und Koblenz

anteiligen privaten Nutzung eines Büros oder eines Pkws), entgangene Gewinne oder Krankenversicherungsbeiträge bei der Berechnung zugrunde gelegt hat.

Drohen Ermittlungsverfahren, Hausdurchsuchungen oder Gefängnisstrafen wegen Subventionsbetrug nach § 264 Strafgesetzbuch, Betrug nach § 263 Strafgesetzbuch oder Computerbetrug nach § 263a Strafgesetzbuch?

Die Unternehmer fragen sich in diesen Fällen berechtigterweise, ob bei falscher Berechnung des Liquiditätsengpasses Ermittlungsverfahren, Hausdurchsuchungen oder Gefängnisstrafen drohen.

Zur Beantwortung dieser Fragen ist die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und insbesondere das wegweisende Urteil des Bundesgerichtshofs vom 08.10.2014 – Aktenzeichen: 1 StR 359/13 – heranzuziehen.

Denn bei der Berechnung des Liquiditätsengpasses handelt es sich um eine dreimonatsbezogene Äußerung des Unternehmers zu zukünftigen Ertragsentwicklungen aufgrund der Corona-Pandemie.

Hierbei hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass bei einer Äußerung zu zukünftigen Entwicklungen, mithin einer Prognose, die Frage, ob diese Prognose tauglicher Täuschungsgegenstand im Sinne der Betrugsstrafbarkeit ist, davon abhängt, ob die Prognose Behauptungen über konkrete gegenwärtige oder vergangene Verhältnisse, Zustände oder Geschehnisse enthält oder nicht. In einer Prognose kann trotz ihres Zukunftsbezugs bzw. des mit ihr verbundenen Werturteils eine Täuschung über Tatsachen liegen. Das ist etwa dann der Fall, wenn der Täter seine eigene Überzeugung vom Eintritt dieser Prognose vorspiegelt, denn dann täuscht er über eine gegenwärtige innere Tatsache. Täuscht der Täter über von ihm zugrunde gelegte gegenwärtige Prognosegrundlagen, so täuscht er daher ebenfalls über Tatsachen.

In Anwendung dieser höchstrichterlichen Maßstäbe ist festzustellen, dass sich der Unternehmer jedenfalls dann nicht wegen Subventionsbetrug, Betrug oder Computerbetrug strafbar gemacht hat, wenn er seine Prognosegrundlagen gegenüber den Behörden bei Antragstel-

lung offengelegt hat. Derjenige, der offengelegt hat, dass er bei seiner Berechnung Lohnkosten zugrunde gelegt hat, kann sich nicht wegen der Straftatbestände des Subventionsbetrugs, Betrugs oder Computerbetrugs strafbar machen, die jeweils einen Strafraum von bis zu 5 Jahren oder in besonders schweren Fällen von bis zu 10 Jahren Freiheitsstrafe vorsehen.

Doch wie sieht es aus, wenn die Grundlagen der Liquiditätsberechnung vom Unternehmer nicht offengelegt wurden und beispielsweise Lohnkosten und Kosten des privaten Lebensunterhalts zugrunde gelegt wurden?

In diesen Fällen kommt es darauf an, aus welchen Motiven der Unternehmer gehandelt hat und insbesondere wie der Unternehmer gegenüber den Behörden Stellung bezieht, weswegen eine anwaltliche Beratung dringend erforderlich erscheint.

Derjenige, der sich darauf berufen kann, dass die genauen Verluste im Zeitpunkt der Antragstellung für ihn nicht vorhersehbar waren, wird kaum wegen Sub-

ventionsbetrug, Betrug oder Computerbetrug zu einer Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren verurteilt werden können, da diese Einlassung von den Strafverfolgungsbehörden in den wenigsten Fällen zu widerlegen ist.

Derjenige aber, der genau wusste, dass er seiner Berechnung nicht zu berücksichtigende Lohnkosten zugrunde legte und keinen Corona bedingten Liquiditätsengpass erleiden würde, und der dann auch noch diese Motivlage gegenüber den Behörden offenlegt, wird sich den Fängen der Strafjustiz stellen müssen. Die frühzeitige anwaltliche Beratung verhindert hier – wie in vielen anderen Fällen auch – den Gang vor den Kadi und empfindliche Freiheitsstrafen.

Wie gehe ich als Unternehmer vor, wenn ich feststelle, dass sich die Ertragslage nach der Antragstellung besser darstellt, als vom Unternehmer vermutet?

Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, ob ich als Unternehmer verpflichtet bin, den Behörden mitzuteilen, dass sich die Ertragslage entgegen der Annah-

me im Antrag verbessert darstellt.

Eine Verpflichtung zur Mitteilung der verbesserten Einnahmesituation folgt hier aus § 3 Subventionsgesetz. Das Subventionsgesetz ist anwendbar, da die Soforthilfe des Bundes auf der Rechtsgrundlage der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ gestellt worden ist und damit die Leistung nach Bundesrecht erfolgt.

Nach § 3 Subventionsgesetz ist der Unternehmer verpflichtet, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die dem Belassen der Subvention entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention erheblich sind.

Stellt sich daher nach Ablauf des dreimonatigen Prognosezeitraums heraus, dass im relevanten Zeitraum kein akuter Liquiditätsengpass vorlag und das Unternehmen auch ohne die Corona-Soforthilfe unter Außerachtlassung der Personalkosten und privaten Lebenshaltungskosten liquide war, so muss der Unternehmer jetzt tätig werden, um sich nicht des Vorwurfs der Begehung einer Straftat durch Unterlassen und sich der Gefahr von Hausdurchsuchungen und empfindlichen Gefängnisstrafen auszusetzen. ■

Wollen Sie auf modernere Kommunikationstechnik umsteigen und dabei noch Geld sparen?

Systemhaus für Telekommunikation

Kanalstraße 47 · 44147 Dortmund
Telefon: 02 31 - 95 01 70 · www.schrader-trojan.de
E-Mail: info-bds@schrader-trojan.de



Unerwünschte Wahrheiten

Fritz Vahrenholt belebt die Klimadebatte mit neuen Erkenntnissen

Prof. Fritz Vahrenholt und Sebastian Lüning haben acht Jahre nach dem Erscheinen ihres Buches „Die Kalte Sonne“ erneut die Faktenlage in der Klimadebatte in dem Bestseller „Unerwünschte Wahrheiten“ in 50 Kapiteln zusammengetragen.

Ist das arktische Meereis in wenigen Jahren weggeschmolzen oder ist es seit einigen Jahren stabil? Nehmen die Starkregenereignisse zu oder sind sie seit 100 Jahren weltweit im Mittel gleichgeblieben? Wie ist es mit Hurrikannen, Dürren? Welche Temperaturentwicklung ist aufgrund des menschlichen Einflusses in diesem Jahrhundert zu erwarten; ein, zwei oder vier-einhalb Grad? Wie lange verbleibt das CO₂ in der Atmosphäre? Gibt es auch natürliche Veränderungen unseres Klimas, die wir noch nicht hinreichend verstehen? Inwieweit trägt das steigende CO₂ zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung in der Welt bei? Welche alternativen Technologien gibt es jenseits von Solar- und Windkraftwerken?

Vahrenholt und Lüning gehen den vielen unzulässigen Vereinfachungen, Übertreibungen, dem Vernachlässigen von Zu-



sammenhängen, verantwortungslosen Zusätzungen nach, die in Deutschland nicht nur bei der jungen Generation ein Klima der Angst erzeugt haben. „Und in diesem Klima der Angst werden schwerwiegende politische Fehlentscheidungen über die Zukunft des Industriestandortes Deutsch-

land getroffen, die in naher Zukunft Wohlstand, Beschäftigung und soziale Stabilität gefährden“, sagt der ehemalige Hamburger Umweltsenator Vahrenholt.

Die Autoren haben 2300 Quellen ausgewertet, deren Aufnahme in das Buch, das ohnehin schon 348 Seiten aufweist, nicht mehr darstellbar war. Die Zitate sind daher auf eine Web-Seite, in einer Literaturliste zusammengefasst, ausgelagert worden, mit Hilfe derer die Originalquellen leichter geöffnet werden können. Diese Web-Seite www.unerwuenschte-wahrheiten.de/ zeigt dem Leser neben dem Inhaltsverzeichnis sämtliche verwandten Quellen.

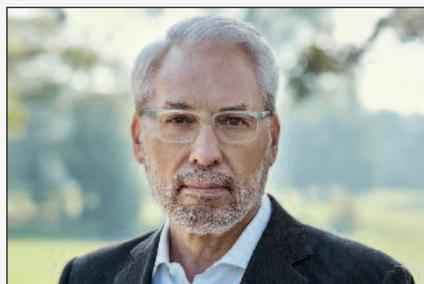
Obwohl das Buch in den Mainstream-Medien bislang an keiner Stelle erwähnt oder besprochen worden ist, ist es innerhalb weniger Tage in den Rang der besten verkauften Bücher bei Amazon aufgestiegen.

*Fritz Vahrenholt / Sebastian Lüning
Unerwünschte Wahrheiten
Verlag Langen Müller München
ISBN-10 : 378443553X;
ISBN-13 : 978-3784435534;
Gebundene Ausgabe : 352 Seiten
25,00 Euro*

Der Autor

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt (* 8. Mai 1949 in Gelsenkirchen-Buer) ist ein deutscher Politiker (SPD), Manager, Wissenschaftler und Buchautor. Nach einigen beruflichen Stationen in der Umweltverwaltung des Bundes (Umweltbundesamt) und des Landes Hessen (Umweltministerium) wurde Vahrenholt 1984 im Alter von 35 Jahren vom Senat unter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi zum Staatsrat (Staatssekretär) der Hamburger Umweltbehörde ernannt. 1990 wurde er von Bürgermeister Voscherau zum Chef der Senatskanzlei berufen und vertrat Hamburg bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

1991 wurde er von der Hamburgischen Bürgerschaft auf Vorschlag von



Bürgermeister Voscherau zum Umweltsenator gewählt. Er wurde 1993 wiedergewählt und schied, nachdem Voscherau im Oktober 1997 zurücktrat und eine rot-grüne Landesregierung gebildet wurde, ebenfalls aus dem Senat aus.

Vahrenholt wechselte im Februar 1998 in den Vorstand der Deutschen Shell AG und übernahm u.a. die neugegründete Sparte der Erneuerbaren Energien. 2001 wurde er zum Vorstandsvor-

sitzenden der REpower Systems AG berufen, einem kleinen mittelständischen Windkraftunternehmen mit Sitz in Hamburg. Vahrenholt brachte das Windkraftunternehmen durch eine Kapitalerhöhung von 80 Millionen Euro im März 2002 an die Börse und verließ das Unternehmen, als es für 1,3 Milliarden Euro vom indischen Wettbewerber Suzlon 2007 übernommen wurde. Von Februar 2008 bis Juli 2012 war er Vorstandsvorsitzender des neugegründeten RWE-Tochterunternehmens RWE Innogy GmbH. Mit jährlichen Investitionen von rund 1 Milliarde Euro wurde das Unternehmen binnen 5 Jahren zu einem der führenden Investoren in Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerke in Europa.

Seit 1999 ist er Honorarprofessor an der Universität Hamburg im Fachbereich Chemie. ■

MUST HAVE FÜR IHR BUSINESS:
PERSÖNLICHER
SERVICE
INKLUSIVE

NUTZEN SIE DIE EINZIGARTIGEN DIENSTLEISTUNGEN
DER **ProtectMe**® CARD UND
PROFITIEREN SIE GLEICH MEHRFACH

WEITERE INFOS UNTER **WWW.SANTOS.DE**



Genussort zwischen fünf Gipfeln

Sankt Englmar: Eldorado für Wanderer, Mountainbiker und Feinschmecker

Der Luftkurort Sankt Englmar feiert eine neue Auszeichnung: „Mia sama Genussort!“ Im höchstgelegenen Pfarrdorf im Bayerischen Wald kommen Wanderer, Mountainbiker und Naturliebhaber auch als Feinschmecker voll auf ihre Kosten. Und nach einer zünftigen Bergtour schmecken die regionalen Spezialitäten umso besser, ob in der urigen Berghütte oder im Spitzenrestaurant eines der Vier-Sterne-Hotels. Überall bringen die Köche viel Frisches und Einheimisches auf den Tisch, entdecken die traditionellen Produkte für sich und interpretieren sie neu. Zu den kulinarischen Höhepunkten gehören etwa ein Filetsteak von der Englmarer Weidekalbin und die Graved Lachsforelle aus Grünmühl: „Das ist Surf and Turf auf Niederbayerisch“, sagt Astrid Piermeier von der Tourist-Info Sankt Englmar.

Goldsteigwanderungen und Rundwege

Als Etappenort am Goldsteig, einem der schönsten Wanderwege Deutschlands, lädt Sankt Englmar zu knackigen Bergtouren über Stock und Stein ein. Wer die steilen Anstiege meistert, wird anschließend mit einem atemberaubenden Panorama belohnt. Es gibt aber auch zahlreiche leichte Rundwege zwischen wilden Wäldern, sanften Hügeln und den fünf Tausendern Pröller, Predigtstuhl, Hochberg, Knogl und Hirschenstein. Wer gerne in Gesellschaft wandert, kann sich in der Sommersaison den wöchentlichen geführten Wanderungen anschließen: Neun verschiedene Goldsteigtouren für geübte Wanderer werden im Wechsel angeboten. Und beim leichten Englmarer Kräuterspaziergang erfahren die Wanderer viel Interessantes über Heil- und Küchenkräuter aus der Natur. Ein besonderes Schmankerl ist die Englmarer Hüttenwanderung: Vom Aperitif bis zum Dessert genießt man bei verschiedenen Gastgebern fünf köstliche Gänge. Alle Termine sowie Tourenvorschläge für Wanderer und Radler sind unter www.urlaubsregion-sankt-englmar.de zu finden.

Per Mountainbike oder E-Bike auf die Berge

Sankt Englmar ist zudem Etappenort an der neuen Premium-Mountainbike-Route Trans-Bayerwald, hat das umfangreichste



Foto: djd/Urlaubsregion Sankt Englmar

So fängt der Wandertag gut an: Sonnenaufgang über dem Hirschenstein



Foto: djd/Urlaubsregion Sankt Englmar/ Florian Schroetter

Wer die Tour auf den Pröller geschafft hat, wird mit weiten Ausblicken belohnt

Mountainbike-Netz des Bayerischen Waldes und liegt in einer der größten E-Bike-Regionen Europas. So kommen sowohl sportliche Könner wie auch erholungssuchende Freizeitradler in den Genuss der höchsten Gipfelerlebnisse. Von oben reicht der Ausblick über die Höhenzüge des Bayerischen Waldes und das Donautal bis zu den Alpen.



Foto: djd/Urlaubsregion Sankt Englmar

Frische Forellen: traditionell und neu interpretiert in der Urlaubsregion Sankt Englmar

In der gesunden Höhenluft fällt es leicht, Abstand vom Alltag zu gewinnen. Und nach der aktiven Erholung tut ein Kontrastprogramm in den Wellnesshotels im Tal sein Übriges: Dampfende Bäder, wohltuende Massagen und entspannende Saunagänge werden im romantischen Gutshof wie auch im stilvollen Designhotel angeboten. (djd) ■



Foto: djd/Wendland Regionalmarketing/Raum 2

Im Kulturverein Raum 2 in Neu Tramm findet Musik abseits des Mainstreams statt



Foto: djd/Wendland Regionalmarketing/B. Vogt

Zu Besuch im weltweit einzigen Fan-Museum für die Rockband The Rolling Stones

Bunt und kreativ: Das Wendland

Niedersachsens wilder Osten bietet Kunsthandwerk, Rundlingsdörfer und mehr

Urlaub in Deutschland liegt zurzeit im Trend. Kurze Anreisewege, keine Sprachbarrieren und die Möglichkeit, viel zu unternehmen, sind große Vorteile. Das Wendland in Niedersachsens wildem Osten ist beispielsweise ein Reisetipp für alle, die neben typischen Aktivitäten wie Radfahren und Reiten noch mehr erleben wollen. Hier stehen unter anderem die Kreativen im Fokus. Unter www.region-wendland.de finden Interessierte alle Kontaktadressen der genannten Ausflugstipps.

Für Rockfans

Das Stones Fan Museum in Lüchow ist das einzige Museum weltweit, das der legendären Rockband ein Denkmal setzt. Auf etwa 1.000 Quadratmetern zeigt es erstaunliche Exponate rund um die Stones. Unter anderem gibt es ein „Groupie-Zimmer“ mit Whirlpool und goldenen Wasserhähnen. Das Museum ist jährlich bis Ende Oktober geöffnet.

Für Kunstbegeisterte

Eine knappe Fahrradstunde vom Museum entfernt, im Dörfchen Kriwitz, liegt die Galerie Geheim. Diese präsentiert Werke aus den Bereichen Bildhauerei, Illustration und Klanginstallation von lebenden oder bereits verstorbenen Künstlern aus dem Wendland.

Die Themen umfassen Landschaftsmalerei, Porträt, Skulptur, Relief, klassische Moderne, Pop-Art, Comics, Fotos, Erotica, Kinderzeichnungen, prähistorische Artefakte und einiges mehr. Auf vorherige Anfrage öffnet sich die Tür gern für Besucher.

Für Naturliebhaber

Fast 40 Jahre lang teilte der „Eiserne Vorhang“ Europa in zwei Teile. Entlang der inner-

deutschen Grenze blieb es lange menschenleer. Tiere und Pflanzen konnten sich in dieser Zeit ungestört entwickeln. So entstand ein einzigartiger Naturraum, der nach der Auflösung des Ostblocks vielerorts unter Naturschutz gestellt wurde. Das sogenannte „Grüne Band“ zieht sich auch durch das Wendland, zum Beispiel entlang der Elbe, mit dem heutigen Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalauen.

Zum Kuschneln

Viel zu sehen, macht auch müde. Übernachten können Abenteuerlustige unter anderem in Heu-Hotels. Eines liegt beispielsweise im Rundlingsdorf Beseland. Das duftende Heu sorgt bei allen Nicht-Allergikern für süße Träume, morgens kann man sich vom Gegacker frei laufender Hühner wecken lassen.

Für Historiker

Rundlingsdörfer sind übrigens typisch für das Wendland: Hier stehen alle Häuser des Ortes kreisförmig, mit dem Giebel zur Mitte, um den Dorfplatz herum. Dahinter erstrecken sich traditionell keilförmig die Felder und Wiesen der landwirtschaftlichen Betriebe. Im Freilichtmuseum Wendlandhof in Lübeln erfährt man mehr über die runden Dörfer. (djd) ■



Foto: djd/Wendland Regionalmarketing/SG Lüchow

Rundlingsdörfer sind typisch für das Wendland

santos[®]

Absicherung benötigt ?



Kein Ärger mit Versicherungen
Ihr persönlicher
Anwaltsservice

Bei unberechtigten Leistungsverweigerungen von Versicherungen schützen Sie spezialisierte Top-Anwälte. Es gelten dabei die allgemeinen Bedingungen des Anwaltsservice.



WWW.SANTOS.DE